

„ungeheuerlich“, wenn man den Russen sagt, Brennstofflieferung nach England sei verwerflich, es ist aber revolutionär, wenn die Russen aus wegen angeblich der gleichen Sünde Streikbruchorganisatoren schimpfen. In diesen Behauptungen“, Hedert meint unsere Behauptungen. „ist alles vom ersten bis zum letzten Buchstaben erlogen“, aber er sagt den Parteiführern der Fahne nicht, daß die Humanität und die Hamburger Volkszeitung unsere „Lügen“ befristigten. Dann stellt Hedert folgende Auswahl zur Verfügung: im

12. Absatz: Wahr ist dagegen, daß der russische Naphthaproduktenexport nach England seit dem 1. Mai wesentlich gesunken ist...

14. Absatz: Ab 4. Mai ist der Verkauf von Kerosin und Malut gänzlich eingestellt, nur die Einfuhr von Benzin ist um ein wenig gesunken.

Hedert meint, daß diese (welche?) Tatsache uns bekannt sein müßte. Wahrscheinlich glaubt er, daß wir von Deutschland aus durch verschiedene die Hände bis ins russische Kolonialgebiet führen können. Herr Hedert selbst kennt diese „bekannte Tatsache“ erst aus den fünf und zwei Tage vorher aufgestellten Behauptungen der „Roten“ Fahne. Im Gegensatz zu dem paroliertrunkenen Hedert glauben wir der Lügenfahne jedoch kein Wort. Und deshalb will Hedert uns einreden, wir müßten davon „sehr überzeugt“ sein, daß „jedes Wort ein Schwindel“ ist. In diese Angelegenheit reden wir den sachverständigen Kapediten niemals hinein, aber wir dürfen daran wohl Hederts Behauptungen messen. Nachdem Hedert sich seine eide Enttückung über ein „unerhörtes Verbrechen“ von der kommunistischen Seele geschrieben hat, kommt er endlich zum Zweck seiner schweißtreibenden Lebung:

Wir erklären, daß der Reichssekretär des Verkehrsbandes, Köhler, ein gewissenloser Schwindler ist... Wir erklären weiter, daß die Redaktionen des Deutschen Verkehrsbandes, des Hamburger Echo und der Leipziger Volkszeitung ebenfalls von verantwortungslosen Schwindlern geleitet werden... Herr Köhler und die Redaktionen... können Gelegenheit nehmen, ihre durch unsere Feststellungen ramponierte Ehre wieder herzustellen zu lassen. Wir werden ihnen vor jedem Gericht Rede und Antwort stehen.

Dor lmitt sich einer n Oht opp — jagt der Hamburger. Herr Hedert leidet an Größenwahn, wenn er meint, seine Nachschiffswenkerei (die er als „Feststellungen“ nennt) könne unsere Ehre ramponieren. Wir glauben, Herr Hedert hört die berühmte Mostauer Säge freudlich und möchte als zukünftiges Opfer der Klassenjustiz bei seinem Mostauer Sentenz Einbruch schinden. Herr Erik Hedert: Sie können keinen christlichen Arbeitervertreter beleidigen.

Zum Schluß fordert der alte Fritz „jeden ehrlichen Arbeiter auf, jene betrügerischen Burschen als schamlose Agenten der deutschen Bourgeoisie und als freche Schwindler zu behandeln, solange sie die ihnen zuteil kommende Zurechtweisung nicht vor irgendwelchem Gericht widerlegen.“

Zurechtweisung? Oh, Herr Hedert: Verklagen wird Andromeda nicht, aber über Ihren Horribilitätsfortschritt kam ihm eine Zwerchmuskelschwäche auf und zwei kleine Sprünge bei der Lache von seiner Wofte. Das kostete ihn 150 M. für eine neue Kollektion. Die 1/2 M. schiden Sie ihm ein und alles ist Ihnen vergeben.

Im Ernst: Hätte eine kompetente Stelle uns in ruhigem Ton überzeugt, daß Rußland keinen Brennstoff nach England schickt oder schickt, dann hätten wir die Mitteilung gebracht und der Sache wäre gebient gewesen. Wollten die deutschen Soldaten der Sache dienen, dann hätte die Rote Fahne nicht drei von Verhältnissen trostlose Artikel gegen uns schreiben lassen. Daß sie aber ihre fargen Angaben, die nichts beweisen, unter der Nationalität kommunistischer Parteiloyalität gegen die Gewerkschaftsbewegung verschwinden ließ, beweist, daß die Kommunisten kein so gutes Gewissen haben, wie es eine gerechte Sache verdient. Wir versprechen unseren Mitgliefern, daß wir auf weitere Naphthapolemiken der Moskowitschische Presse erst dann einsteigen werden, wenn sich „Rote“ Fahne, Hamburger Volkszeitung, Humanität und die englischen Zeitungen darüber einig sind, ob russisches Naphtha in England Kohle erlegt oder nicht.

Der Internationale Gewerkschaftsbund schreibt: „Was die Organisation des Boykotts Englands betrifft, so ist die Stellung der Kommunisten ebenfalls eine sehr bequeme: schimpfen. Denn daß die Kommunisten nichts tun können und bei beratigen Maßnahmen nie etwas getan haben, ist eine unumstößliche Tatsache. Hingegen hat die I.F.Z. während des Generalstreiks bewiesen, daß es die freien Gewerkschaften wohl tun können. Wenn der Boykott nicht fortgesetzt wurde, so ausdrücklich darum, weil die englischen Kameraden nicht in der Lage waren, die entsprechenden Maßnahmen in England selbst durchzuführen. Uebtrigens kann gesagt werden, daß die Kohlenlieferungen nach England für die Lösung des Konfliktes nie ausschlaggebend sein konnten und es immer weniger werden. Die englische Industrie benötigt pro Tag 500 000 Tonnen Kohle und der Ausfall der englischen Produktion im Weltmarkt ist 850 000 Tonnen pro Tag. Seht man die infolge des Bergarbeiterstreiks in den anderen Kohlenländern eingetretenen Produktionssteigerungen in Rechnung und zieht die Quantitäten ab, die nun nach Ländern gehen, die sonst England bediente, so bleibt wahrscheinlich eine lächerlich kleine Menge übrig. Zurzeit liegen die Dinge so, daß Kohle produzierende Länder sogar Exportverbote erlassen, um den eigenen Markt vorzuzugeln zu können. Freilich wäre es besser, wenn die Möglichkeit bestände, jede Zufuhr von Kohlen nach Großbritannien, aber auch jeden Transport von fremder Kohle in England zu verhindern.“

Welche Hilfe die „Streikbrecherlöcher“ für die englischen Unternehmer bedeutet, sagt die Zeitschrift „Mitschlag und Statistik“ (Eisen- und Stahlerzeugung im Juni 1926):

„In Großbritannien sank die Roheisenerzeugung auf noch nicht 8 Proz., die Roheisenerzeugung auf noch nicht 5 Proz. der Produktion von April, des letzten Monats vor Streikbeginn. Während am Ende des Berichtsmontats (Juni) noch 11 von etwa 150 sonst tätigen Hochöfen im Feuer standen, mußten aus diese wenigen in den darauf folgenden Tagen aus Mangel an geeignetem Brennstoff gelöscht werden.“

Der Kampf steht so, daß das Geld oder der Hunger entscheidet. Kollegen, laßt die englischen Fedeln nicht sinken.

Der Sieg der Demokratie.

Der Staat ist immer die Organisation der Macht. Wo die Organisation der Staatsmacht sich unbedingt und in jeder Beziehung in den Händen der Mehrheit der gleichberechtigten und willensfreien Mitglieder des Staates befindet, dort herrscht Demokratie.

Wo diese Machtorganisation in der Hand irgendeiner Minderheit liegt, dort herrscht Diktatur. Die Diktatur bedeutet immer irgendeine Form von Gewalt Herrschaft.

Die Diktatur kann verschiedene Formen aufweisen: monarchistische, persönliche, oligarchische oder die Diktatur irgendeiner Klasse oder einer Partei.

Auch die Art der Diktatur kann verschieden sein. Zwei Extreme gibt es: die eine davon verläßt sich auf die rohe Militärgewalt, die andere auf demokratische Formen. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es zahlreiche Variations- und Kombinationsmöglichkeiten.

Die Diktatur hat dementsprechend auch verschiedene Abstufungen, je nachdem, wie viele diktatorische und wie

Rüffet, Kollegen,

für die internationale

Werbewoche.

Für den Verkehrsband

muß sie zum vollen Erfolg werden.

viele demokratische Elemente im Organismus eines Staates sich durchsetzen. Die roheste, brutalste Diktatur unserer Zeit ist der Mussolinische Faschismus. In diesem hat sich die auf rohe Gewalt gestützte Diktatur einer einzigen Person als Haupt einer kleinen Partei herausgebildet. Die gelindeste, verständigste Diktaturform unserer Zeit ist die Herrschaft der englischen herrschenden Klassen, die unter völliger Erhaltung der demokratischen und parlamentarischen Formen vor sich geht und deren Grundlage nicht rohe Gewalt ist, sondern die Resignation oder Indolenz der Mehrheit der unterdrückten Klassen Englands. Schon im ersten Teil haben wir festgestellt, daß es Demokratie seit den Zeiten der menschlichen Geschichte niemals gegeben hat, oder: daß die heutige Zeit die demokratischste aller Zeiten ist.

Bis zur großen Französischen Revolution hat es auf dem ganzen europäischen Kontinent nur monarchistische Gewaltherrschaften oder Diktaturen gegeben.

Die Französische Revolution hat die raschere Demokratisierung ins Rollen gebracht. Von da an hat das vorige Jahrhundert überall den Wirkungskreis der Gewaltherrschaft eingeengt und die Regierung der Staaten auf eine breitere Basis gestellt. In Westeuropa hat überall — selbstverständlich auf einer viel demokratischeren Basis als der vorherigen — die Bourgeoisie die Herrschaft übernommen. Die diktatorischen Elemente vermehren sich im Staatsorganismus. In Mittel- und Osteuropa (in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland und auf dem Balkan) vollzog sich das in kleinerem Maßstabe. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 zerstörte die französische Monarchie, in England wurde unterbeffen die Monarchie allmählich, unmerklich zu einer leeren Form, und die demokratische Diktatur der Bourgeoisie übernahm von ihr die Macht; zur gleichen Zeit aber gewann die überfeische oder Bourgeoisie-Demokratie, die auch keine monarchistischen Traditionen mehr hatte, immer größere Bedeutung. Im Verlaufe der gleichen Zeit wurde in Südamerika der letzte Herrscher verjagt. Parallel mit diesen Ereignissen lief das schrittweise Vordrängen der Arbeiterklasse, begleitet von dem Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechts, die überall gleichbedeutend ist mit dem Eintreten der Demokratie, und zu gleicher Zeit wurden die skandinavische, die holländische und die belgische Monarchie von dem gleichen Schicksal wie die englische ereilt: sie verloren ihre selbständige Macht und janten zu bloßer Formalität herab.

Und dann kam das große Erdbeben: der Krieg.

Zahlreiche Monarchien brachen zusammen und nachten Republikten Platz. Das Wahlrecht wurde überall in ungleichmäßigem Maße demokratisiert. Die Arbeiterklasse erlangte sich überall nicht nur das gleiche und geheime Wahlrecht, sondern auch die völlige Agitationsfreiheit. In ganz Europa war in den staatlichen Institutionen ein Fortschreiten zu bemerken: aus dem diktatorischen Ueber-

gewicht wurde demokratisches Uebergewicht. Diese Entwicklung verlief allerdings nicht in gerader Linie. Denn die letzten Jahre haben ihr zweifellos vielerlei Hindernisse bereitet und sie zum Ausweichen gezwungen. Schon in Deutschland war es nicht möglich, die erzielten demokratischen Resultate so weit zu befestigen wie zum Beispiel in Oesterreich. Die Lage Ungarns, Italiens, Balkanlands, Rumäniens, Polens und der übrigen Balkanstaaten ist uns bekannt; in diesen Staaten ist die Demokratie völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

Was bedeutet das?

Vor allen Dingen wollen wir feststellen, daß in genannten Ländern die Entwicklung ruhig und ohne Stößen in demokratischer Richtung verlief; in Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz zeigt sich nicht die Spur eines Emporkommens der antidemokratischen Kräfte — also in jenen Staaten, die am Krieg nicht teilgenommen haben.

Jedenfalls können wir konstatieren, daß der Krieg nach zwei Richtungen gewirkt hat: einerseits hat er der Gang der demokratischen Entwicklung stark beschleunigt, andererseits aber hat er dieselbe an zahlreichen Stellen mit harter Hand aufgehalten. Das erstere hat er durch das Zusammenschmelzen der Armeen und damit der Vernichtung der einzigen Stütze der Dynastien erzielt, das letztere durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Demütigung des Nationalstolzes der Völker, die zur Erstarbung der antidemokratischen faschistischen Kräfte führten. Es ist eine Folge des Krieges, daß in einigen Ländern die Kräfte der Diktatur verloren hat. Kann dies aber bedeuten, daß diese Länder nun ermöglicht zu einer sehr früheren Entwicklungsstufe der Staatsregierung zurückkehren: zu dem an eine Person oder an eine kleine Gruppe gebundenen Absolutismus?

Das kann man sich nur dann vorstellen, wenn es sich ermöglichen ließe, daß diese Staaten zu der früheren Produktionsweise und Klassengliederung zurückkehren. Eine solche Rückkehr ist bisher in der Weltgeschichte nicht vorgekommen. Die einzige monarchistische Restauration hat Frankreich vorübergehend durchgeführt nach dem Sturz Napoleons I. Doch diese war Frankreich von den Dynastien seiner fegefeichen Gegner, den europäischen absolutistischen Monarchien, aufgezwungen worden. Heute ist die Situation gerade eine umgekehrte. Die Wiedereinführung der Dynastien in den Staaten, die den Krieg verloren haben, würde auf bewaffneten Widerstand seitens der Siegerstaaten stoßen.

Nachdem wir solchermaßen bei den internationalen Zusammenhängen der Frage angelangt sind, möchten wir einen Augenblick den Fall nehmen, die demokratischen Kräfte würden liberal geschlagen werden, überall würde die Diktatur des Faschismus siegen. Die internationale Folge würde eine große außenpolitische Spannung und ein neuer europäischer Krieg sein. Wie sollten auch die Vertreter der unbefchränkten Macht des wilden Nationalismus und Imperialismus sich miteinander vertragen?! Die griechische nationalistische Herrschaft hat schon einmal das eigene Volk und das unter der Herrschaft des bulgarischen Nationalismus lebende bulgarische Volk an den Rand des Krieges geführt. Und Mussolinis Kriegsdrohungen sind noch in unser aller Gedächtnis. Der Sieg des Faschismus würde einen neuen europäischen Krieg bedeuten. Ein neuer Krieg aber würde nicht mehr die Diktatur, noch die Demokratie bedeuten, sondern die Auflösung, den Zusammenbruch der europäischen Staatsmächte, die Anarchie. Zum Glück aber ist die Erinnerung an den vergangenen Krieg noch so nahe, daß die Massen, die heute besser wissen als 1914, was ein Krieg ist, und wie er sich verhalten läßt, kaum dazu beitragen werden, daß er wiederkommt. Der Gang der Geschichte kann zu keiner Form der Gewaltherrschaft zurückführen, sondern nur zur demokratischen Durchbildung der Staatsmacht, zur Verminderung ihrer diktatorischen und Vermehrung ihrer demokratischen Elemente. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Entwicklung dafür sorgen, daß die Demokratie immer wirksamer wird, und zwar dadurch, daß sie die Arbeiterklasse zu einer immer wichtigeren Rolle gelangen läßt. Oesterreich ist dadurch, daß jene Arbeiterklasse einig ist, dem Sozialismus nahe. In Deutschland steht vorläufig die Absonderung der Kommunisten dem entgegen, aber in England ist dies ebenfalls nur eine Frage der Zeit, genau so in Dänemark und Schweden. Zahlreiche europäische Staaten schreiten schon auf dem Wege vorwärts, der von der Bourgeoisie-Demokratie zur Arbeiter-Demokratie führt. Dies sind die wichtigsten Staaten Europas. Die östlichen und südöstlichen Staaten Europas sind von jeder hinter diesen zurückgeblieben. Auch ihr jegliches Ringen bedeutet keine Rückkehr in die ferne Vergangenheit, sondern den Kampf um die Entwicklungsstufe, die jene jetzt zu verlassen beginnen, um die Bourgeoisie-Demokratie. Mit marxistischen Augen gesehen: in diesen Ländern geht jetzt der Kampf darum, daß ihre Regierungsform sich der erreichten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gliederung anpaßt. Ferner, der berühmte italienische Geschichtsschreiber, hat einmal festgestellt, daß in einem Lande, wo nach dem Sturz der Monarchie sich keine Republik konsolidiert, Diktatur eintritt. Dies würde sich so ganz selbstverständlich anhören, wenn es nicht einen tieferen Sinn hätte, nämlich daß dort, wo die Monarchie gestürzt ist, diese auch dann nicht wiederkehren kann, wenn sich die Republik nicht zu stabilisieren vermag, sondern daß dort in diesem Falle eine Diktatur an ihre Stelle tritt, und zwar waren diese bisher immer — von Cromwell bis Napoleon — vorübergehend. Der Weg der Entwicklung weist von der Gewaltherrschaft zur Demokratie. Dieser Weg ist selten ganz gerade gewesen; auch jetzt werden viele Menschen durch keine Biegungen verwirrt, denn auch jetzt befinden wir uns in zahlreichen europäischen Ländern an einer solchen Biegung. Doch kann diese Biegung keine völlige sein, denn nach ihr führt der Weg gerade auf die Vertiefung und Hervorvollkommen der Demokratie zu. Durch die ausgleichende Entfernung einiger Jahrzehnte gesehen, wird der Weg schon ganz gerade scheinen.

III.

In den Staaten der zivilisierten Welt sind alle Abstufungen und Kombinationen der Diktatur und der Demokratie zu finden, außer einer Form, die heute bereits völlig verschwunden ist: der an die Diktatur der Dynastien geketteten monarchistischen Gewalt Herrschaft. Wo in den Monarchien heute eine Diktatur herrscht, dort wird diese nicht von den Fürsten selbst ausgeübt, sondern über dessen Kopf hinweg durch irgendeinen hochgestellten Diktator, wie in Italien Mussolini, der den König völlig beiseite geschoben hat, in Spanien Primo de Rivera, in dessen Hand der König ein Spielzeug ist. Es gibt heute nur noch zwei Arten von Monarchien: entweder die streng verfassungsmäßige, in der der Monarch neben dem demokratischen Parlament eine leere Repräsentationsrolle spielt, oder diejenige, in der die Macht der einseitigen absoluten Herrscher in die Hand irgendeines Diktators übergeht und der Monarch neben diesem eine unbedeutende Statuenrolle spielt. Monarchien, die selbst eine unbeschränkte Macht ausüben, gibt es heute nicht mehr — vor wenigen Jahren noch war dies beim russischen Zaren und dem türkischen Sultan der Fall, in deren Händen nicht nur das Volk, sondern auch alle Minister ein bloßes Spielzeug waren. An Stelle der Diktatur der absoluten Monarchen, die das unaufhaltsame Vorwärtstreiben der Demokratie zum Sturz brachte, treten in Sowjetrußland die der Sowjets, in den übrigen Ländern, die ein ähnliches Schicksal hatten, der Faschismus, und zwar in seiner heroischstehenden Form in Italien, das infolge dessen das Metta der Faschisten aller anderen Länder wurde. Das bewegte Leben innerhalb der Grenzen Europas hatte dergestalt sozusagen die zahlreichen Abtönungen der Regierungsformen nebeneinander gestellt, mit Ausnahme von zwei. Es fehlen die beiden extremsten: die absolute Monarchie und die absolute Demokratie. Jene ist nach jahrhundertelanger Herrschaft verschwunden. Diese ist noch nicht am Ruher gewesen, doch ist man ihr noch niemals an so vielen Stellen so nahe gewesen wie heute. Diese Lage berechtigt bis zu einem gewissen Grade zu der Feststellung, daß es jene nicht mehr gibt, diese aber noch nicht gibt!

Doch nehmen wir das Resultat nicht vorweg. Untersuchen wir einmal die in Europa nebeneinander bestehenden verschiedenen zusammengesetzten Regierungsorgane von dem Standpunkte aus, welches wohl dasjenige ist, das den Fortschritt am besten garantiert, oder welches am sichersten zu dem höchstentwickeltesten Staats- und Gesellschafts-Organismus führt.

Indem wir dies bei den heute am weitesten entwickelten Staatswesen untersuchen, können wir natürlich als höchstentwickelt nur das betrachten, welches uns einen höheren Ziel näherbringt: der Abschaffung der Klassen Herrschaft, die nicht anders möglich ist, als durch völlige Abschaffung der Klassenunterschiede und des Klassenstaates überhaupt. Denn jeder bisherige Staat ist ja Klassenstaat gewesen, und die höhere Entwicklung des einen gegenüber dem anderen maßen wir auch bisher daran, ob in dem einen die Form des Klassenkampfes tiefer und dessen Wirkungsgrad tiefer ist. England betrachtete man nicht nur deshalb allgemein als höher entwickeltesten Staat gegenüber dem zaristischen Rußland, weil es wirtschaftlich und kulturell entwickelter war, sondern auch, weil dort die Klassen Herrschaft weniger brutal und mehr durch demokratische Einrichtungen gemildert war als in Rußland. Indem wir untersuchen, welches Staatswesen dem Ideal am nächsten steht, können wir die vorhandenen zahlreichen Variationen in drei Klassen einteilen: die eine davon wird durch die Sowjetdiktatur dargestellt, die zweite durch die faschistische Diktatur, die dritte durch die verschiedenen Stufen von Demokratie. Nach Ansicht der Kommunisten müßte Sowjetrußland dasjenige Land sein, welches dem Ideal am nächsten steht und in dem die klassenlose Gesellschaft am schnellsten verwirklicht werden dürfte. Vorläufig aber ist noch keine Spur davon zu erkennen. Der russische Arbeiter ist wirtschaftlich viel ausgebeuteter als der englische oder amerikanische, Rußlands soziale Einrichtungen können sich nicht mit ähnlichen Österreichs messen. Rußland hat nach Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse getrebt, aber die Widerstände zwangen es, die Kapitalisten durch Gewährung von zahlreichen Vorteilen und Vorrechten ins Land zu locken. Auf diesem Wege kann Rußland nicht nur der Beseitigung der Klassen Herrschaft keinen Schritt näherkommen, sondern auch nicht einmal diese mildern. Natürlich können die faschistischen Länder aus diesem Resultat nicht einmal sich annähern, weil sie bewußt das entgegengesetzte Ziel erstreben. Der Faschismus ist eine offene Stellungnahme für die Klassen Herrschaft, und er will auch gar nichts anderes sein als eine klarere, klarere Organisierung gerade der Klassen Herrschaft. Nachdem die Demokratie allenthalben die Grundlagen der Klassen Herrschaft erschüttert hat, will der Faschismus diese zu deren endgültiger Beseitigung auf neue Grundlagen stellen. Er will ein System dafür finden, wie der Zustand zu erreichen wäre, den wir infolge der heutigen Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen schon erreicht haben, um diesen Zustand in seiner Unänderbarkeit zu stabilisieren. Der Faschismus scheidet also von selbst aus dem Wettbewerb darum, welche Regierungsform am sichersten zur Arbeiterbefreiung führt, aus, denn er strebt bewußt nach der entgegengesetzten Richtung.

Schon aus dieser kurzen Darstellung der elementaren Grundlagen ergibt sich, daß, nachdem zur Erreichung des Ideals die Sowjetdiktatur nicht geeignet ist, gar keine andere Möglichkeit bleibt als die Demokratie. Und hier lautet nur die eine Frage auf, welche von den beiden Mächten die stärkere ist. Bevor wir eine Antwort auf diese Frage geben, wollen wir uns auf streng theoretischer, völlig abstrakter Basis der vorher behandelten Frage zuwenden. Wenn wir die Untersuchung so führen, dann sehen wir, daß auch die Sozial auf Seiten der Demokratie ist. Denn welches ist eigentlich der Zustand, den wir als Ideal begehnen? Was ist diese Klassenlosigkeit? Nichts anderes als die Verwirklichung der Idealen, der absoluten Demokratie. Wo es irgendeine Diktatur gibt, dort gibt es

keine Klassenlosigkeit, denn dort muß jemand sein, der diktiert, und andere, denen diktiert wird. Wo es aber keine Klassenunterschiede gibt, dort herrscht absolute Demokratie, dort ist jede Klassen Herrschaft unmöglich. Abstrakt, ausschließlich theoretisch gesehen, steht die Sache also für ein Staat dem Zustande der Klassenlosigkeit um so näher ist, aus je mehr demokratischen schöpferischen Elementen sein Machtapparat sich zusammensetzt. Das Leben macht freilich oft den Verlauf der Dinge viel komplizierter, als wenn wir dies hier so abstrakt und theoretisch betrachten. Die großen Demokratien sind noch immer viel zu wichtige Organismen der Klassen Herrschaft, als daß ihre relative Fortgeschrittenheit so leicht unseren Blicken entschwinden könnte. Nur im Vergleich mit weniger demokratischen oder antidemokratischen Staaten lassen sich ihre im Verlauf der Entwicklung erzielten großen Vorteile nachweisen, wenn uns die Tatsache, daß die wirtschaftlich entwickeltesten Staaten auch die demokratischsten sind, und daß die Weltgeschichte keinen Schmerz kennt, als schreiende Wahrheit wegweisend ins Auge fällt. Denn wo in dieser Richtung Verbesserungen notwendig sind, dort führt sie diese auch unabweisbar aus. So tat sie in Deutschland, dessen wirtschaftlicher Entwicklungsgrad in keinem Gegensatz zu seiner halb absolutistischen Regierungsform stand, und wo die Geschichte diesen Gegensatz mit einer erdbebenartigen Bewegung zum Verschwinden brachte; nicht zugunsten der Monarchie, sondern der Demokratie! Was jedoch das angeht, welche von den beiden gegenwärtigen Formen die stärkere sein wird, so braucht man nicht zu befürchten, daß der faschistische Diktator ein besseres Los beschieden sein wird, als es der deutschen kaiserlichen Diktatur beschieden war. Der Faschismus kann, in ein oder zwei Ländern verankert, ebensowenig bestehen wie die ungarische und bayerische Sowjetinsel im Meer der sie umgebenden Feinde bestehen konnten (wie auch das gewaltige Rußland, das als ein Erdteil für sich gelten kann, gezungen ist, sich allmählich den umliegenden Staaten anzupassen). Der Faschismus aber kann auch deshalb schon nicht vereinigt am Ruher bleiben, weil er eine fortgesetzte kriegerische Bedrohung seiner Nachbarn darstellt. Doch ist der allgemeine Sieg des Faschismus auch darum unmöglich, weil er gewaltam den Chronometer der menschlichen Entwicklung zum Stillstand zu bringen strebt. Dies kann unter besonderen Umständen in vereinzelten Ländern hier und da gelingen, besonders dort, wo genau ebensolche gewalttätige Versuche zum Vorwärtstreiben der Zeiger erfolgt sind. Doch kann es im Verlaufe der allgemeinen Entwicklung der Menschheit nicht gelingen, denn dies würde den Stillstand jeder weiteren Veränderung, jeder Bewegung überhaupt bedeuten.

Von dem Faschismus brauchen wir also für die Demokratie nichts zu fürchten. Aber wir müssen wissen, daß der Faschismus nicht die willkürliche Ausgeburt irgendeines Zufalls ist, sondern daß er der Herold und Vorbereiter des kommenden großen, endgültigen Kampfes, der in manchen Ländern vielleicht schon nahe bevorsteht, ist, und der sich dort um die absolute Demokratie abspielen wird. Daß dieser Kampf unausweichlich ist, und daß seine Zeit kommen mußte, das haben wir immer gewußt, denn sein Nichtkommen wäre gleichbedeutend mit der Beseitigung der heutigen Situation. Welches die Mittel dieses Kampfes sein werden, und ob man die vollkommene Demokratie in den fraglichen Ländern mit allen Mitteln der Demokratie verwirklichen kann, das ist noch das Geheimnis der Zukunft, und es ist um so fraglicher, weil das Proletariat schon um viel geringere Fortschritte der Demokratie, oft aber auch die Bürgerkriegs- und revolutionären Mitteln greifen mußte. Wir wissen aber auch, daß der Kampf des Proletariats nicht die zurückgebliebenen, sondern die entwickeltesten Länder zuerst auf den Plan rufen wird, und daß sein Schicksal sich nicht in Rußland oder auf dem Balkan, doch auch nicht in Italien entscheiden wird, sondern in den großen Demokratien.

Und bei alledem wissen wir auch, daß dieser Kampf so lange dauern wird, bis er sich in der Reihenfolge der reichlichsten Fortgeschrittenheit in einem der zivilisierten Länder entschieden hat! Zugunsten der Demokratie und der Arbeiterklasse.

Aus unserem Berufe

Belehrte Holzgroßhandlung.

Die Passauer Holzgroßhandlung Leizinger & Kabley weigerte sich, unseren Kollegen den Tariflohn zu zahlen. Auf unsere Klage entschied das Gewerbegericht:

Urteil:

Die Beklagte ist schuldig, zu zahlen an: 3. 28.08 M.; 5. 23 M.; 7. 50.16 M.; 8. 48.96 M.; 9. 49.28 M.; 10. 41.04 M.; 11. 36.45 M.; 12. 41.04 M.; 13. 54.72 M.; 14. 50 M.; 15. 50.60 M.; 16. 14.47 M.

Der Beklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Tatbestand und Gründe:

Die Kläger sind bei der beklagten Firma als Arbeiter beschäftigt und wurden bisher nach einem Stundenlohn von 60 bis 62 Mgr. bezahlt. In der durch ihren bevollmächtigten Vertreter, den Gewerkschaftssekretär Frey, zu Gewerbegericht Passau eingereichten Klage beanspruchten sie Nachzahlung des Lohnunterschiedes für die Zeit vom 19. April 1926 bis einschließlich dem 26. Juni 1926, welcher sich zwischen dem tatsächlich gezahlten Lohn und dem Tariflohn nach der Klasse II des Tarifvertrages für das bayerische Sägemerz und die verbundenen Betriebe ergibt, und beantragten kostenfällige Verurteilung des Beklagten im Sinne des Klagebegehrens.

Die beklagte Firma, vertreten durch den Firmenmitglieder Herrn Kabley, stellte Antrag auf kostenfällige Abweisung der Klage mit der Begründung, daß die Zahlung des Tariflohnes von ihm als Nichtmitglied des Arbeit-

geberverbandes der bayerischen Sägemerz und vermandter Betriebe nicht verlangt werden könne, daß der verlangte Lohn für die Produktionsbedingungen seines Betriebes auch nicht tragbar sei und er im Falle der Verurteilung zu der Entlassung der Arbeiter gezwungen sei. Der Höhe nach würden die geltend gemachten Löhne nicht beizutragen.

Die dringliche und sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichtes Passau zur Entscheidung des Rechtsstreites ergibt sich aus § 27, 1, 4, 66, und § 1, 37 der Passauer Ortsatzung.

Für die Entscheidung des Streites ist einzig und allein von ausschlaggebender Bedeutung, ob der Tarifvertrag für das bayer. Sägemerz und die verbundenen Betriebe für den Betrieb der beklagten Firma bindend ist. Der maßgebende Tarifvertrag wurde am 15. August 1924 zwischen den beiden beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmers-Organisationen als zunächst nur für die Mitglieder dieser Organisationen verbindlich abgeschlossen und durch den ebenfalls von Arbeitgebern und Arbeitnehmersseite angenommenen, unterm 13. April 1926 gefällten Schiedspruch des Landesrichters für Bayern ergänzt. Es ist nun richtig, wie der Vertreter der beklagten Firma einwendet, daß die Bestimmungen des Tarifvertrages zunächst nur für die Mitglieder der beteiligten Organisationen gelten. Nach § 2 der Verordnung über die Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 RStG. S. 456 aber können Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung haben, durch die Reichsarbeitsverwaltung für allgemeinerbindlich erklärt werden, so daß sie auch für die Nichtmitglieder der Vertragsparteien ohne weiteres bindend sind. Diese Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung ist durch den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung für den obgenannten Schiedspruch unterm 15. Juni 1926 für den Regierungsbezirk Niederbayern erfolgt. Die hiernach sich ergebenden Lohnabmachungen sind demnach auf Grund der angeführten gesetzlichen Bestimmungen auch für die beklagte Firma bindend und zwar nach der allgemeinen Rechtsprechung vom Tage der Wirksamkeit dieses Schiedspruches ab.

Die von der beklagten Firma weiterhin gebrachten Gründe über die ungetragene Einkufung seines Betriebes in die Tarifklasse II konnten seitens des Gewerbegerichtes bei dem klaren Wortlaut der bestehenden Bestimmungen des Gesetzes nicht berücksichtigt werden. Da die Höhe der geltend gemachten Bezüge nicht kritisch gemacht wurde, war zu entscheiden, wie gesehen. Als unterliegender Teil hat die Beklagte in Anwendung der § 91 RStG. mit 26 G.G. bzw. § 36 der Passauer Ortsatzungen die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Automobilfahrer und Flieger.

Das Drohsfengemeinde in Düsseldorf. Selten macht uns eine andere Gruppe so viel Sorge und Arbeit wie gerade unsere Kollegen Drohsfengemeinde. Fast zwei Jahrzehnte haben die Drohsfengemeinde nach eigenem Gutdünken gehandelt und gewaltet. Die Flieger, ehemalige kleine Drohsfengemeinde, heuten ihre Arbeiter aus, wie wohl selten ein Großindustrieller. Arbeitszeiten von mindestens 60 bis über 100 Stunden die Woche sind an der Tagesordnung; dabei muß noch betont werden, daß die Kollegen über obige Arbeitszeit hinaus sich der Wagenflene widmen müssen. — Bei dieser Arbeitszeit liegt ein Wochenbuddenschnittsorddienst von 25 M. bis 35 M. Hinzu kommen noch die Schiften der Polizei. Seit etwa zwei Jahren wehren sich die Kollegen durch ihre Organisation, den Reichsverband der Berufsflieger, auf das bestmögliche. Die Drohsfengemeinde hatten im Einverständnis mit der Polizeibehörde die Kassaflücker aus den Taxametern entfernt. Hierdurch waren die Kollegen erheblich geschädigt. Es bedurfte einer Beschwerde bei der Regierung in Düsseldorf und beim preussischen Minister für Handel und Gewerbe, ehe verfügt wurde, daß die Kassaflücker wieder anzubringen sind. Desgleichen wurde die unberechtigte Ausnutzung einer Ausbittelschiffung durch Vorstellern bei der Polizeibehörde abgewehrt. Die Behandlung der Kraftfahrer ist teilweise geradezu emüßend. So ist es in der jüngsten Zeit vorgekommen, daß der Präsident des Drohsfengemeindevereins einen unserer Kollegen ohne Grund blutig schlug. Die Angelegenheit wird noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter haben. (Sant dem Rowdy das Leder voll. Red.) Wegen der Arbeitszeit hatten wir den Begehren wiederholt Tarifverträge angeboten, die für beide Teile tragbar waren. Statt uns eine Antwort zu geben, hüllte man sich in Stillschweigen. Nunmehr haben wir sämtliche nennenswerten Firmen wegen Verletzung der Arbeitszeitverordnung verklagt. Die Angelegenheit wurde zum Teil am 20. August 1926 vor dem Düsseldorf Amtsgericht ausgetragen. Das Amtsgericht verurteilte einen Flieger zu 100 M. Geldstrafe (im Nichtbezahlungsfall 10 Tage Haft). Das Gericht führte aus, daß die Unternehmer unter Ausbeutung der Notlage der Arbeiter eine Arbeitszeit verlangen, die gesundheitschädlich wirkt und die die Verkehrssicherheit in hohem Maße gefährdet. Aus diesen Gründen sei eine Bestrafung am Platze. Es sehen noch etwa 25 Firmen der gleichen Bestrafung entgegen. Wir werden nicht eher ruhen, bis die Unternehmer dem hereditären Wunsch der Berufsflieger auf eine menschenwürdige Existenz entsprochen haben.

Reichs- und Staatsarbeiter.

Die Pensionskasse der Reichsarbeiter.

ist eine Pensionskasse der in Reichs- und Einzelstaaten beschäftigten Arbeiter, Angestellten und ihrer Angehörigen notwendig? Diese Frage steht augenblicklich zur öffentlichen Debatte.

Diese Frage stand 1925 gleichfalls für die Arbeiter und Angestellten der DRP. zur Debatte und fand damit ihren Abschluß, daß die mit dem Deutschen Verkehrsband geführten Verhandlungen der Einrichtung einer Pensionskassenkasse vom Reichsrat, Reichskabinett und Verwal-

